

Absender

Bundeskanzleramt  
Bundeskanzlerin  
Angela Merkel  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin

15. August 2013

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

bereits seit mehreren Wochen kommt es zu massiven Verspätungen und Transportausfällen in der Binnenschifffahrt, weil die Mitarbeiter in der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes dem Aufruf der Gewerkschaft Verdi folgen und ihre Arbeit an den Schleusen niederlegen. Das Güterschifffahrtsgewerbe und die Fahrgastschifffahrt sind hiervon gleichermaßen betroffen, denn der Schiffsverkehr kommt in den bestreikten Fahrtgebieten komplett zum Erliegen. Leidtragende sind in erster Linie die häufig familiengeführten Unternehmen in der Binnenschifffahrt, die aufgrund der enormen Umsatzausfälle infolge des Streiks zunehmend in ihrer Existenz bedroht sind. Der bereits jetzt bei dieser vorwiegend klein- und mittelständisch strukturierten Branche entstandene Schaden geht in die Millionen, und ein Ende der Streiks ist nicht absehbar.

Die Unternehmer in der Binnenschifffahrt richten deshalb den dringenden Appell an Sie:

**Sprechen Sie ein Machtwort und beenden Sie die seit dem 8. Juli 2013 andauernden Streikmaßnahmen an den Schleusen der deutschen Bundeswasserstraßen!**

Es ist unverantwortlich, dass durch diese Arbeitsniederlegungen eine komplette Branche derart in Mitleidenschaft gezogen wird, zumal die Binnenschifffahrtsunternehmen in keiner Weise in die tariflichen Auseinandersetzungen zwischen Verdi, dem Bundesinnenministerium und dem Bundesverkehrsministerium involviert sind und auch keinen eigenen Beitrag zur Lösung des Konflikts leisten können. Da im Bereich der Bundeswasserstraßen keine Umfahrungsmöglichkeiten bestehen, werden Schifffahrtsunternehmen aus weiten Teilen Europas in eine Art Geiselhaft genommen. Der Ruf als verlässlicher und planbarer Logistikdienstleister nimmt hierdurch zunehmend Schaden. Hinzu kommen die gravierenden Schäden für den Wirtschaftsstandort Deutschland, da die Abwicklung von dringenden Transportaufträgen per Binnenschiff, etwa im Bereich der Agrarwirtschaft, zunehmend in Frage gestellt wird.

Das kann so nicht weitergehen! Ebenso wie die Mitarbeiter der WSV ihre Arbeitsplätze und ihre Zukunft sichern wollen, muss dies auch für das Binnenschifffahrtsgewerbe möglich sein!

Wir verlangen, dass die Mitarbeiter des Bundes unverzüglich ihre Arbeit wieder aufnehmen und einen reibungslosen Schiffsverkehr ermöglichen. Hierfür benötigen wir Ihre Unterstützung!

Mit freundlichen Grüßen